

Eine europäische Arbeitslosenversicherung wäre eine schlechte Idee



Die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung wäre ein Schritt in die falsche Richtung, argumentieren [Jörg König](#) und [Guido Raddatz](#) in einem [aktuellen Beitrag](#) auf dem Blog Markt-Ruf der Stiftung Marktwirtschaft.

Kernaussagen:

Der Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Einführung eines European Unemployment Stabilization Fund sieht vor, ein System von grenzüberschreitenden Finanztransfers zu etablieren, das an der Arbeitsmarktentwicklung der EU-Mitgliedstaaten anknüpft und makroökonomische Schocks abfedern soll.

Die damit verbundene Hoffnung nach erhöhter makroökonomischer Stabilität hält einer kritischen Überprüfung der Argumente jedoch nicht stand. Vielmehr werden Fehlanreize gesetzt, die langfristig ein Abwälzen heimischer Risiken auf die anderen Mitgliedstaaten begünstigen. Die Diskussion um zusätzliche europäische Stabilisierungsinstrumente übersieht zudem, dass selbst abrupt auftretende wirtschaftliche Schiefagen zumeist aus strukturellen Fehlentwicklungen resultieren, die durch finanzielle Finanztransfers nicht gelöst werden.

Eine ökonomisch sinnvolle und eine an glaubwürdige Regeleinhaltung gebundene Ausgestaltung einer europäischen Arbeitslosenversicherung ist de facto kaum möglich.

Nullzinsen in Europa

Marktwirtschaft



Tagungsbericht

Nullzinsen in Europa: Zwischen Grenznutzen des Geldes und Nutzungsgrenzen der Geldpolitik

Ein Expertengespräch
der Stiftung Marktwirtschaft
am 10. Februar 2017 auf Gut Kaden

Angesichts zunehmender Risiken für die Finanzstabilität, die Altersvorsorge und die Konsolidierungsbemühungen öffentlicher Haushalte stößt die Politik der Europäischen Zentralbank insbesondere in Deutschland auf erhebliche Kritik. Trotz erfolgter Abwehr einer von der EZB erkannten „Deflationsgefahr“ sowie steigender Inflations- und solider Wirtschaftswachstumsraten hält die EZB bislang jedoch an ihrer ultralockeren Geldpolitik fest.

Steht Europa nun eine geldpolitische Wende bevor? Überwiegen die Risiken der Marktverzerrung und der Fehlallokation von Kapital bereits mögliche Chancen des billigen Geldes? Ist die EZB zu einer treibenden oder getriebenen Kraft wirtschaftspolitischer Vorstellungen und Maßnahmen

geworden? Diese Fragen hat die Stiftung Marktwirtschaft am 10. Februar 2017 im kleinen Kreis mit renommierten Experten aus Wissenschaft, Bundestag und EZB-Direktor Yves Mersch diskutiert.

Das entgrenzte Mandat der EZB



Am 21. Juni 2016 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sein Urteil über das "Outright Monetary Transactions" (OMT)-Programm gefällt. Das OMT-Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) soll den unbegrenzten Erwerb von Staatsanleihen ausgewählter Euro-Krisenstaaten ermöglichen. Im Vorfeld der Entscheidung des BVerfG machte der Kronberger Kreis mit seiner Studie "Das entgrenzte Mandat der EZB: Das OMT-Urteil des EuGH und seine

Folgen" darauf aufmerksam, dass durch das OMT-Programm die Marktdisziplinierung mitgliedstaatlicher Finanzpolitiken als ein für das Eurosystem grundlegendes Prinzip weiter ausgehöhlt werde. Um das Kooperationsverhältnis zwischen den Gerichten jedoch nicht zu riskieren, sah der Kronberger Kreis die Möglichkeit, dass das BVerfG dem EuGH zwar im Ergebnis, nicht aber in der Begründung folgt, um sich künftig eine gerichtliche Überprüfung von Maßnahmen der EZB anhand anders verstandener unionsrechtlicher Maßstäbe vorzubehalten. In seinem Urteil hat das BVerfG nun von diesem gangbaren Weg Gebrauch gemacht.

Staatsschuldenkrise in Europa nachhaltig angehen

The image shows a screenshot of a news article from the 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' (FAZ). The main headline is 'Staatsschuldenkrise in Europa nachhaltig angehen'. Below the headline, there is a sub-headline: 'SUCHEN AUF DEM WEG ZUM CHANGE- STATT SCHULTÄTUNG'. The article text is partially visible and discusses the economic situation in Europe, mentioning the 'Euro-Rettung' and the role of the 'Eurosystem'. The text is in German and appears to be a commentary or analysis piece.

Im Rahmen der "Euro-Rettung" wurden bereits **mehr als eine Billion Euro**

Haftungsrisiken mittels Hilfskrediten, Anleihekäufen der EZB und Target-Salden aufgebaut. Allein für Griechenland stehen die europäischen Steuerzahler mit über 400 Milliarden Euro in Solidarhaftung. Solange Handlung und Haftung jedoch auseinanderfallen, wird Europa nicht zu der einst versprochenen Stabilitätsunion werden. Im derzeitigen Politikumfeld würde eine Fiskalunion bestehende Fehlanreize zur übermäßigen Staatsverschuldung nur verstärken.

Aufbauend auf dem Konzept „**Maastricht 2.0**“ und ergänzt um **neue Vorschläge** wäre es daher zielführender, das Ausmaß der fiskalischen Solidarhaftung zu reduzieren, Eigenverantwortung und bestehende Regeln zu stärken und Marktverzerrungen zu beseitigen. Hierfür sollten u.a. eine **Staateninsolvenzordnung, Pfandklauseln sowie nachrangige Anleihen für Staaten** eingeführt werden, um das Projekt Europa wieder zukunftsfähig zu gestalten.

Von der Währungs- zur Transferunion

VON DER WÄHRUNGS- ZUR TRANSFERUNION

Argumente
zu Marktintegration
und Stabilität

16.10. / 2011-2012

Jörg König



In der Europäischen Währungsunion sind (eigen-)verantwortlich handelnde Mitgliedstaaten und regeldurchsetzende europäische Instanzen selten geworden. Gemeinsam vereinbarte Regeln werden wiederholt nicht eingehalten, Reformversprechen und andere Zusagen gebrochen und Sanktionsandrohungen nicht konsequent weiterverfolgt. Insbesondere die nicht enden wollende Odyssee der vermeintlichen Griechenland-„Rettung“, deren Ausgang nach wie vor ungewiss ist, hat dabei enorme Haftungsrisiken für die übrigen Mitgliedstaaten aufgebaut. Die Währungsunion droht schleichend zu einer permanenten Schuldengemeinschaft und Transferunion zu werden.

Wie auf die Krise im Euroraum reagiert werden sollte, damit Europa wieder eine gefestigte Stabilitätsunion wird, lesen Sie in **"Von der Währungs- zur Transferunion"** von Dr. Jörg König.

Tagung "Eine Stabilitäts- und Wachstumsunion?"



Angesichts der fortwährenden Staatsschuldenkrise in Europa haben die Allianz SE, die Stiftung Marktwirtschaft und die Europäische Kommission am 3. November 2015 nach Berlin eingeladen, um über die Zukunft der Eurozone zu diskutieren und mögliche Schritte zu einer funktionierenden Stabilitäts- und Wachstumsunion aufzuzeigen.

Valdis Dombrovskis, Vizepräsident der Europäischen Kommission für Euro und Sozialen Dialog, sowie der italienische Wirtschafts- und Finanzminister, Pier Carlo Padoan, hielten die einführenden Reden. Die Podiumsdiskussionen fanden u.a. mit Jens Spahn, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Prof. Dr. Jürgen Stark, ehemaliger Chefvolkswirt der EZB und Prof. Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz SE, statt.

Lesen Sie hierzu auch unseren [Tagungsbericht](#) oder werfen Sie einen Blick in die [Details zur Veranstaltung](#).

Potenziale des EU-Binnenmarktes

Wirtschaftspolitische Blätter

→ REGIONALE INTEGRATION

MIT BEIRATSGLIEDERN

- GÜNTER BRÄSCHKE → FRITZ BRÜSS
- FRANZ FOSCHER → MICHAEL FRENDEL
- ERVA GANTNER → CARSTEN HERBERG
- PETER HILFELD → WILHELM KUMMER
- JÖRG KÖNIG → CHRISTIAN KREISER BOON
- ROLF J. LANGENHARTER → FRIEDLAUFER
- RENATE OHR → MARTHA LANGHEITER
- THERESA THORAL → BLAIS WEFERSTRASS

2/2015
48 SEITEN

MANZ 
WKO 

Das Fundament der europäischen Integration stellt der gemeinsame EU-Binnenmarkt dar. Hier können sich über 500 Millionen Europäer über nationale Grenzen hinweg frei bewegen und ihre Geschäftstätigkeiten ausüben. Der Binnenmarkt eröffnet nicht nur weitere Absatzmöglichkeiten und erhöht die Angebotsvielfalt, sondern erzielt durch mehr Wettbewerb auch höhere Produkteffizienz und günstigere Preise. Mehr als 20 Jahre Erfahrung zeigen, dass ein großer freiheitlicher Markt mit einem funktionierenden Ordnungsrahmen insgesamt zu mehr Beschäftigung, Innovation, Wachstum und Wohlstand führt.

Die Potenziale des EU-Binnenmarktes sind aber nach wie vor nicht voll ausgeschöpft und weitere Liberalisierungsbemühungen müssen unternommen werden, wie dieser Beitrag, erschienen in den Wirtschaftspolitischen Blättern der Wirtschaftskammer Österreich, von Dr. Jörg König zeigt:

Potenziale des EU-Binnenmarkts

EU-Integrationsindex

Griechenlandkrise



01.12.2015

QUITTUNG für Deutschland

1. Rettungspaket über KfW	15,2 Mrd.€

Dt. Beteiligung an IWF-Ersthilfe	0,5 Mrd.€

Dt. Beteiligung am 2. Rettungspaket EFSF	38,1 Mrd.€

Dt. Beteiligung am 2. Rettungspaket IWF	0,7 Mrd.€

Dt. Anteil an den EZB-Käufen griech. Staatsanleihen	4,0 Mrd.€

Dt. Anteil an den Defiziten der Griech. Nationalbank im Euro-System	34,0 Mrd.€

Zwischensumme:	92,5 Mrd.€

Dt. Beteiligung am 3. Rettungspaket ESM*	18,9 Mrd.€

Dt. Beteiligung an IWF-Hilfen (Restbestand 2. Paket)	1,0 Mrd.€

Gesamt:	112,4 Mrd.€

* Beteiligt sich der IWF hingegen nicht finanziell an den Hilfen und werden die eingeplanten 16 Milliarden Euro vom ESM übernommen, erhöht sich die deutsche „Quittung“ um 3,3 Milliarden Euro.

den Steuerzahler fest: Mehr als 100 Milliarden Euro könnten es werden, die die Griechenland-„Rettung“ allein Deutschland kosten wird. Drei weitere Jahre werden mit abermaligen Hilfszahlungen und gestreckten Krediten teuer erkaufte. Eine finanzielle Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF), eigentlich eine zentrale Vorbedingung für die Hilfszusagen, ist nach wie vor ungewiss.

Die Vertrauensgrundlage für ein drittes Hilfspaket hatte sich die griechische Regierung eigentlich selbst entzogen, zeigt der Beitrag **"Die Quittung der Griechenlandrettung"** von Dr. Jörg König.

Ein Austritt Griechenlands aus dem Euroraum (Grexit) würde zudem weder den Euro noch Europa gefährden, argumentiert der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner **Pressemitteilung**.

Lesen Sie hierzu auch die **Pressemitteilung der Stiftung Marktwirtschaft**.

Wie ein Ausweg aus der Krise gelingen kann, zeigen das Argument **"Von der Währungs- zur Transferunion"** sowie die Kurzinformation **"Staatsschuldenkrise in Europa nachhaltig angehen"**.

Europäische Bankenunion

Europäische Bankenunion: Vom Prinzip Hoffnung zum Prinzip Haftung



Kronberger Kreis

Lutz P. Fahl, Clemens Fabel, Justus Heesing,
Hilke Schindler, Volker Wenzel, Reinhold G. Wigger

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise und den Rettungsaktionen kriselnder Banken und Staaten wird versucht, das international stark vernetzte Finanzsystem stabiler zu machen. Die krisenverstärkende Wirkung der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Banken und Staaten hat deutlich gemacht, dass eine stärkere Regulierung und Aufsicht für international agierende Finanzinstitute notwendig ist. Vor diesem Hintergrund erscheint die Errichtung der Europäischen Bankenunion ein wichtiger Schritt hin zu mehr Stabilität in Europa. Doch kann die Bankenunion die gesetzten Ziele erreichen?

Der [Kronberger Kreis](#) stellt in seiner Studie "**Europäische Bankenunion: Vom Prinzip Hoffnung zum Prinzip Haftung**" sein Konzept für eine erfolgreiche Bankenunion vor und plädiert für eine weitreichende Stärkung des Haftungsprinzips.

[Pressemitteilung](#): "Kronberger Kreis fordert mehr private Haftung bei der Bankenunion"

EU-Schuldenkrise



Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion steht am Scheideweg. Einige Mitgliedstaaten leiden unter Verschuldung und hohen Kapitalmarktzinsen. Der strukturelle Reformbedarf ist enorm. Zu Beginn der Krise noch undenkbar, fordern manche eine Fiskalunion mit vergemeinschafteter Staatsverschuldung, während andere die einzige Lösung in einer Aufspaltung oder gar Auflösung der Währungsunion sehen.

Der [Kronberger Kreis](#) stellt in seiner Studie "Wie viel Koordinierung braucht Europa?" (2012) sein Konzept für eine erfolgreiche Zukunft der Europäischen Union vor und plädiert für eine **national verantwortete Stabilitätsunion** mit einer einvernehmlichen Festlegung auf unverrückbare fiskalpolitische Regeln.

[Pressemitteilung](#) vom 26.09.2012: "Kronberger Kreis fordert Maastricht 2.0"

Anhörung zum Europäischen Semester

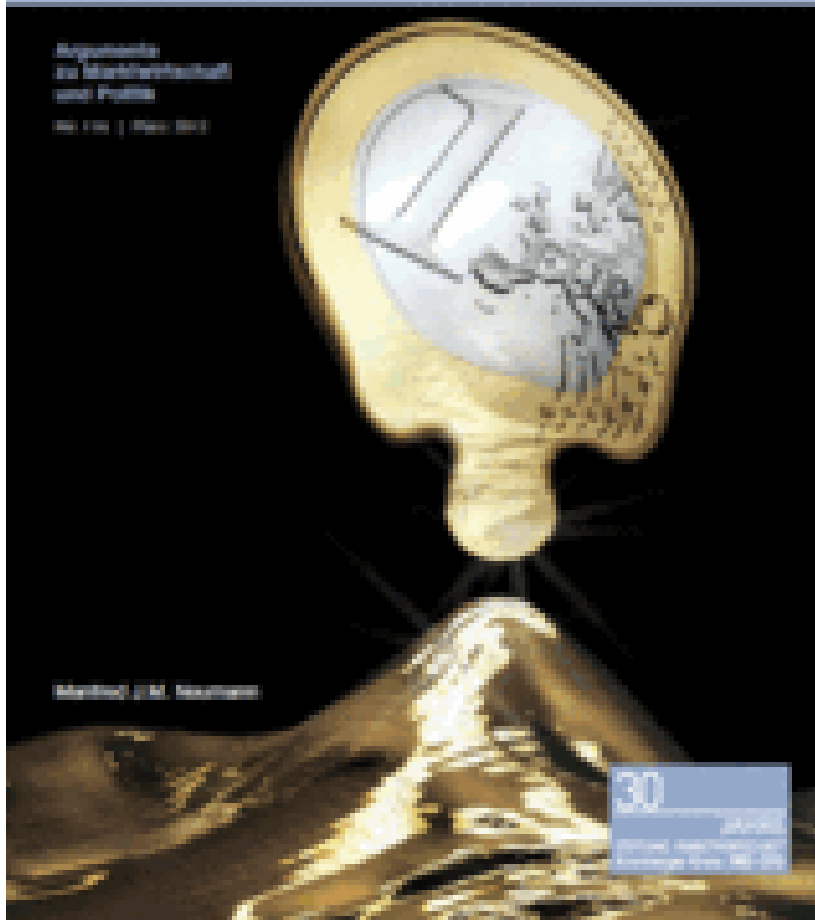
Prof. Dr. Michael Eilfort ist am 17.04.2013 als Sachverständiger in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zum Thema „Europäisches Semester“ aufgetreten. Er bewertet das Verfahren für eine verbesserte wirtschaftspolitische Koordinierung insgesamt als positiv und bezeichnet es als „politische Umsetzungshilfe“ für einzelne Staaten. Eilfort begrüßt europäischen Druck auf nationale Regierungen bezüglich der Ziele Wachstum und nachhaltigem Haushalt. Jedoch wendet er sich gegen europäische Detailvorschriften zur nationalen Ausgestaltung der Wege der Mitgliedstaaten, diese Ziele zu erreichen.

Hier finden Sie die [Stellungnahme der Stiftung](#) zum Thema Europäisches Semester.

Die vollständige Videoaufzeichnung der öffentlichen Anhörung finden Sie auf der [Seite des Deutschen Bundestages](#).

Geldpolitik

DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK AUF ABWEGEN



[Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann](#) warnt vor den Gefahren einer laxen Geldpolitik der EZB. Das langjährige Mitglied des Kronberger Kreises sieht mittelfristig ein gefährliches Inflationspotential, das die EZB durch den Ankauf von Staatsanleihen und die Gewährung von Jumbo-Krediten schafft: **„Die europäische Geldpolitik darf nicht zur Finanzierung der nationalen Haushalte missbraucht werden.“** In seiner Analyse "Die Europäische Zentralbank auf Abwegen" (2012) zeigt Neumann auf, welche Korrekturen die EZB ergreifen sollte:

[Pressemitteilung](#) vom 14.03.2012: „Schluss mit dem Ankauf von Staatsanleihen und der Vergabe von Jumbo-Krediten“

Lesen Sie auch den [Blogbeitrag](#) von Manfred J.M. Neumann "Draghi auf De-Montage"

Finanzmarktregulierung



Im Zuge der Finanzmarktkrise hat die Diskussion um Regulierungsdefizite an Fahrt gewonnen. Passiert ist jedoch wenig.

Der Kronberger Kreis legt 2011 mit seiner Studie „**Systemstabilität für die Finanzmärkte**“ ein marktwirtschaftlich fundiertes Gesamtkonzept der Finanzmarktregulierung vor und zeigt auf, wie langfristig Stabilität für die internationalen Finanzmärkte erzielt werden kann. Zu den Forderungen gehören eine Unterlegung von Staatsanleihen mit Eigenkapital der Banken und anspruchsvollere, über Basel III hinausgehende Eigenkapitalanforderungen.

Die Stiftung Marktwirtschaft lehnt die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer** ab, weil diese künftige Finanzkrisen nicht

verhindert:

[Positionspapier zur Finanztransaktionssteuer.](#)

Meldungen zum Thema

12. Dezember 2017 EU- Nachhaltigkeitsrankin g 2017

Stabilisierung der Staatsverschuldung auf hohem Niveau: Dank der guten konjunkturellen Lage und der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank schlägt sich der jüngst erkennbare Trend zur Haushaltskonsolidierung auch im...

[Weiterlesen](#)

28. September 2017 Weckruf des Kronberger Kreises – Aufgabenkatalog für die neue Bundesregierung

Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, ruft mit seiner neuen Studie die vor den Koalitionsverhandlungen stehenden Parteien zur Bildung einer tatkräftigen Regierung auf. Auf die neue Bundesregierung kommen große...

[Weiterlesen](#)

26. September 2012

Kronberger Kreis fordert Maastricht 2.0 statt Fiskalunion

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion steht am Scheideweg und ihr Fortbestand in Frage. Der Kronberger Kreis sieht die Lösung der Krise in einer national verantworteten Stabilitätsunion durch Festlegung auf unverrückbare fiskalpolitische...

[Weiterlesen](#)

Weitere Publikationen zum Thema

Kronberger Kreis-Studien



Unternehmensbesteuerung unter Wettbewerbsdruck

Angesichts umfangreicher Steuerreformen in den USA und weiteren Mitgliedstaaten der OECD steht die Unternehmensbesteuerung verstärkt unter Wettbewerbsdruck. Die Bundesregierung setzt bislang darauf, sich in diesem Wettbewerb passiv zu verhalten... [Weiterlesen](#)

Kurzinformationen



The Digital Services Tax - A Dangerous Quick Fix

The European Commission and numerous member states of the EU intend to introduce a European Digital Services Tax (DST) as an interim solution in response to tax challenges posed by digitalisation. At first glance, the reasoning behind the proposal... [Weiterlesen](#)

Vergangene Veranstaltungen zum Thema

27.10.2011



Die europäische Schuldenkrise – Wege zur Lösung

Die europäische Schuldenkrise verdrängt derzeit alle anderen Themen in der öffentlichen Aufmerksamkeit und auf der politischen Agenda. Die Erweiterung des Rettungsschirms EFSF wurde trotz erregter Diskussionen in fast allen EU-Mitgliedstaaten... [Weiterlesen](#)

08.03.2013



Der Euro – Europas Schicksalsfrage?

Die Expertenrunde auf Gut Kaden diskutierte zum ersten Mal über die Zukunft der Gemeinschaftswährung Euro. Wie geht es mit dem Euro weiter? Spaltet sich die Währungsunion in eine Nord- und Südzone auf? Oder bricht sie ganz auseinander? Kehren die... [Weiterlesen](#)

06.03.2013



Europäische Energiepolitik – Grundpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit ?

Das eine oder andere frühere Klimaziel hat Europa erreicht – „dank“ osteuropäischer Deindustrialisierung,

aber auch dank
Energieeinsparbemühungen einiger
weniger Länder. Hinter jüngeren
Klima-Ambitionen, vor allem aber
hinter... [Weiterlesen](#)

